Der Insider-Report für den leitenden Banker: ●aktuell ●kompakt ●kritisch ●unabhängig

Zu allererst, verehrte Leserin, sehr geehrter Leser, möchten wir Ihnen ein gutes Neues Jahr 2023 wünschen. Möge Ihnen die erfolgreiche Umsetzung Ihrer beruflichen sowie privaten Ziele bei bester Gesundheit gelingen, wenn auch die äußeren Umstände auf die Stimmung drücken können. Gute Nachrichten von der weltpolitischen Bühne könnten wir in Anbetracht der Lage sicher alle gebrauchen. Doch das liegt jenseits unserer Einflusssphäre. Konzentrieren wir uns also hier auf die Inhalte, die wir mehr in der Hand haben und starten direkt durch:

Die viel zitierte 'Zeitenwende' ist in vollem Gange. Nun ist das vielleicht im **Bundesverteidigungsministerium** oder manch anderer, jetzt doch etwas kühleren Amtsstube, noch nicht so ganz angekommen, aber in der Wirtschaft schlägt die veränderte Weltlage voll durch. Inflation, höhere Zinsen, Energiekrise und Lieferkettenprobleme bereiten der Realwirtschaft massive Probleme. So muss für 2023 mit einer Rezession und einer Zunahme von Insolvenzen gerechnet werden. Herausfordernde Zeiten für Banken und Sparkassen, die Veränderung erfordern. Auch bei Bank intern hat sich etwas verändert. Dr. **Axel Prümm** ist nach neun Jahren ausgestiegen. Die Chefredaktion hat sich verändert, doch das bewährte Team ist geblieben. Auch im 25. Jahr des Bestehens – die erste Bank intern-Ausgabe erschien am 12.10.1998 – wollen wir Ihr vertrauter Wegbegleiter bleiben. Doch, genug der Nabelschau. <u>Damit Sie den Wandel GUT meistern, starten wir – wie immer in den ersten Wochen eines neuen Jahres – mit den Jahresprognosen maßgeblicher Marktteilnehmer. Und in diesen unsicheren Zeiten gilt: Nie waren sie so wertvoll wie heute!</u>

Marija Kolak, Präsidentin, BVR

• Es scheint eine Tendenz zu geben, Deutschland im Winter 2022 abzuschreiben. Das meine ich nicht nur mit Blick auf das frühe Ausscheiden bei der Fußball-WM in Katar. Aber als Unternehmer ist Aufgeben, wenn es schwierig wird, noch nie eine probate Strategie gewesen. Die Genossenschaftliche FinanzGruppe, als Teil der mittelständischen



deutschen Wirtschaft, steht jedenfalls eng an der Seite ihrer 30 Mio. Kunden und begleitet diese durch eine schwierige Phase großer Unsicherheit und multipler Krisenherde. Erkennbar ist, dass der Druck auf die Unternehmen in Richtung auf ein nachhaltigeres Wirtschaften noch zunehmen wird. Den Banken fällt dabei die Rolle zu, große Mengen an privatem Kapital zur Krisenbewältigung und Transformation der Wirtschaft zu mobilisieren. Die Frage ist, ob die Politik diese Rolle anerkennen will und bereit ist, entsprechend zu handeln. Aktuell gewinnt man den Eindruck, dass regulatorisch immer weiter draufgesattelt wird • Unsere beiden zentralen Forderungen an den Gesetzgeber und die Aufsicht sind daher klar: 1. Die Kreditvergabefähigkeit und Ertragskraft

der Banken sollten nicht geschmälert werden 2. Die bewährten Strukturen sollten bewahrt werden, unverhältnismäßige Belastungen durch Bürokratie gilt es zu vermeiden •• So darf die Umsetzung der Baseler Standards in Brüssel nicht am Ende zu spürbar höheren Kapitalanforderungen führen. Zur Stärkung der Kreditvergabefähigkeit werden wir auch weiterhin mit Nachdruck für die Rücknahme der Erhöhung des antizyklischen Kapitalpuffers und des sektoralen Systemrisikopuffers für Wohnimmobilien werben. Wir halten die Entscheidung der BaFin, diese zu erhöhen, für nicht gerechtfertigt. Gerade in Krisenzeiten sind die Banken außerdem auf einen verlässlichen Rechtsrahmen angewiesen, der sie in die Lage versetzt, flexibel auf exogene Einflüsse reagieren zu können •• Ein

Grund für die Widerstandskraft des deutschen Bankenmarktes liegt in seiner stabilen Vielgliedrigkeit und Diversität. Gerade unsere regional geprägten und von Kapitalmärkten weitgehend

Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken BVR



unabhängigen Genossenschaftsbanken haben sich in den vergangenen Krisen zum Wohle unserer Wirtschaft bewährt. Dazu hat unsere dezentrale Verbundstruktur, die durch unsere Sicherungseinrichtung abgesichert wird, wesentlich beigetragen. Wir werden daher alles tun, um jede Beeinträchtigung der Funktionsfähigkeit unserer Sicherungseinrichtung



Impressum

kapital-markt intern Verlag GmbH, Bahnallee 3, (Am ICE-Terminal), D-56410 Montabaur, Tel.: +49 (0)2602 9191 640, Fax: +49 (0)2602 9191 646. www.kmi-verlag.de. Geschäftsführer: Dipl.-Kfm. Uwe Kremer, Rechtsanwalt Gerrit Weber, Dipl.-Ing. Günter Weber. Gerichtsstand Montabaur. Handelsregister HRB 28667. Vervielfältigung nur mit Genehmigung des Verlages.

Bank intern Herausgeber: Dipl.-Ing. Günter Weber. Redaktionsdirektoren: Dipl.-Kfm. Uwe Kremer, Rechtsanwalt Gerrit Weber. Chefredakteur: Rechtsanwalt Dr. Axel J. Prümm. Redaktionsbeirat: Dipl.-Ing. Dipl.-Oen. Erwin Hausen, Christian Prüßing M.A. Druck: Theodor Gruda, www.gruda.de. ISSN 1615-522X



über die neue Bankenabwicklungsrichtline zu verhindern ●● Am Ende möchte ich aber auch für Zuversicht werben. Derzeit mehren sich die Hinweise, dass die konjunkturellen Auftriebskräfte ab dem Frühjahr wieder stärker werden. Die Inflation und die Lieferkettenprobleme scheinen allmählich ihre Höhepunkte zu überschreiten. Das sind ermutigende Anzeichen, dass die Wirtschaft bald wieder wächst und die notwendige Investitionen für mehr Nachhaltigkeit und Digitalisierung angegangen werden.

Michael Engelhard, Leiter Bankaufsicht/Politik, Dt. Sparkassen- und Giroverband (DSGV)

•• Zu Anfang des Jahres 2022 schien die aufsichtliche Agenda klar und planbar. Die geopolitischen und wirtschaftlichen Folgen des 24. Februar 2022 mit einem rasanten Zinsanstieg, den wirtschaftlichen Unsicherheiten durch stark gestiegene Energiepreise und gestörte Lieferketten haben auch das Handeln von Aufsehern und Regulatoren nachhaltig



beeinflusst. Dies wird auch das Jahr 2023 prägen. Gleichwohl wurde die Agenda laufender Vorhaben fortgeführt, insbesondere das Großprojekt der Umsetzung von Basel III-final in der EU • EU-Bankenpaket 2021 – Verhandlungen gehen in die entscheidende Phase: Die Verhandlungen zur Umsetzung des finalen Basel III-Pakets in der EU wurden mit den Diskussionen zu den Inhalten des Entwurfes der EU-Kommission für eine Überarbeitung der Bankenverordnung und -richtlinie (CRR aus Oktober 2021) sowohl im EU-Parlament als auch dem Rat der Mitgliedstaaten intensiv geführt. Das Spannungsfeld zwischen einer apodiktischen 1:1-Umsetzung des Baseler Rahmenwerks und einer punktuellen Anpassung der Regelungen auf die Wirtschafts- und Finan-

zierungsstrukturen in Europa war hier deutlich spürbar. Die Mitgliedstaaten einigten sich am 8. November 2022 auf eine gemeinsame Position (sog. 'allgemeine Ausrichtung'), die sinnvolle gezielte Anpassungen des Rahmenwerks vorsieht, ohne die Grundstruktur des Baseler Rahmenwerks zu verlassen 🔸 Bevor es voraussichtlich im 1. Halbjahr 2023 in die entscheidende Phase der Verhandlungen, den Trilog, geht, muss zunächst das EU-Parlament eine Position finden. Die Aufgabe für den Berichterstatter, den spanischen Abgeordneten Jonás Fernández, ist nicht leicht: Zu dem Paket wurden rund 2.000 Änderungsanträge eingereicht und die Allianzenbildung orientiert sich eher an Landesals an Fraktionsgrenzen. Auch hier spielt die Frage einer strikten 'Basel-Compliance' eine entscheidende Rolle. Von einer Einigung wird aktuell Anfang 2023 ausgegangen ●● Aus Sicht der Sparkassen-Finanzgruppe ist wichtig, dass das finale EU-Bankenpaket nicht zu unnötigen Einschränkungen in den Kapitalspielräumen führt. Global vereinbarte Regulierungsstandards sind für grenzüberschreitend tätige Bankkonzerne wichtig. Wenn es aber durch europäische Wirtschaftsstrukturen geboten ist, müssen in der EU Anpassungen möglich sein. Diese Notwendigkeit soll an drei Beispielen gezeigt werden: (1.) Erschwerungen bei Immobilienfinanzierungen sind kontraproduktiv, wenn wir in Deutschland bereits strenge Kreditvergabestandards haben und der Markt stabil ist, (2.) Arbeitsteilig aufgestellte Verbundgruppen sollten bei der Einordnung von Beteiligungen nicht gegenüber Konzernen benachteiligt werden und (3.) der sog. Output-Floor sollte nicht solche Kreditinstitute behindern, die bisher Spielräume bei internen Risikomessmodellen nur sehr verantwortungsvoll eingesetzt haben •• Mit der finalen Verabschiedung des Gesetzes (geplant: Ende 2023) beginnt bei den Instituten und IT-Anbietern/Rechenzentren die eigentliche Arbeit. Bei allen Möglichkeiten, sich auf Basis der Vorschläge der EU-Kommission vorzubereiten, ist eine Implementierung erst mit finalem Gesetzestext möglich. Da eine Anwendung unverändert ab dem 1. Januar 2025 erfolgen soll, ist die Zeit hierfür recht knapp. Zumal einzelne Bausteine noch in deutsches Recht überführt werden müssen (z. B. in der GroMiKV). Es sollte

daher in den weiteren Verhandlungen auch über eine zeitliche Streckung der Einführung nachgedacht werde. Viele entscheidende Elemente der Umsetzung, wie bspw. neue Meldeformulare müssen erst noch durch die europäische Bankaufsichtsbehörde **EBA** entwickelt werden. Eine Einführung

Finanzgruppe
Deutscher Sparkassenund Giroverband

ohne einen vollen Werkzeugkasten muss unbedingt vermieden werden • Welche Schlüsse sollten aus diesem – vorerst letzten – großen Regelungspaket der Bankenregulierung geschlossen werden? Wie sollte Regulierung in Zukunft aussehen? • Wünsche an ein Aufsichts- und Regulierungskonzept für 2023ff: Für die weiteren Entwicklungen bei Aufsicht und Regulierung lassen sich drei Wünsche formulieren: Regulierung (und Aufsicht) muss weniger komplex/einfacher, proportionaler und planbarer werden • Weniger komplex: Regulierung und Aufsicht sollten sich wieder auf das Wesentliche konzentrieren, anstatt durch mehrere hundert Seiten unübersichtlicher, sich zum Teil widersprechender Gesetzestexte und Meldeformulare – ob europäisch oder national – jedes Detail, jeden Datenpunkt regeln zu wollen. Die zentrale Frage ist: Ist das Institut gut aufgestellt, hat es seine Risiken im Griff sowie genug Kapital und Liquidität? • Wir müssen nicht zum alten 'Grundsatz 1' zurück, aber es gibt viele Möglichkeiten, die aktuellen Regelungen, z. B. in der europäischen Bankenverordnung und -richtlinie (CRR/CRD) zu entschlacken. Da ist es nicht hilfreich, dass das aktuell diskutierte EU-Bankenpaket nahezu 80 Aufträge an die Europäische Bankaufsichtsbehörde EBA zur weiteren Ausarbeitung von Detailregelungen enthält • Proportionaler: Die EU verfolgt mit dem einheitlichen Regelwerk, neudeutsch 'Single Rulebook', weitgehend einen One-Size-Fits-All-Ansatz in der Regulierung.



Dies wird mit gleichen Wettbewerbsbedingungen ('Level Playing Field') in der EU begründet. Das ist aber gerade nicht der Fall und spiegelt auch nicht die europäische und schon gar nicht deutsche Institutslandschaft wider. Das Stichwort ist Proportionalität. Mit dem ersten Teil der Basel III-Umsetzung in der EU haben wir durch die erstmalige Einführung der Kategorie der 'kleinen, nicht-komplexen Institute' hier bereits einiges erreicht. Wir brauchen aber weitere Entlastungen im administrativen Bereich, etwa bei der Offenlegung oder im Meldewesen • Planbarer: Regulierung muss stabil sein und nicht neue Regeln diskutiert werden, bevor das gerade erst beschlossene Paket umgesetzt und die Effekte evaluiert worden sind. Bei der Planung sollten sich die Institute zumindest auf das regulatorische Umfeld verlassen können, ohne, dass immer neue Anforderungen, Auslegungen oder Umfragen hereinkommen • Aktuell könnte die Gefahr bestehen, dass selbst die Experten nicht mehr durchblicken. Damit wird die Regulierung selbst zu einer Art Risiko.

Dominik Lamminger, Mitglied der GL, Bundesverband öffentl. Banken (VÖB)

●● Wenn man auf die vergangenen zwölf Monate blickt, so kann man eigentlich nur sagen: Das war – mal wieder – ein herausforderndes Jahr. Auch drei Jahre nach Beginn der Corona-Pandemie haben wir noch immer mit den Auswirkungen der Viruskrankheit zu kämpfen. Anfang des Jahres kam der fürchterliche und brutale Angriff Russlands gegen die

Ukraine hinzu. Was lange unvorstellbar war, ist nun Realität: Es gibt Krieg in Europa und wir müssen unsere Freiheit und unsere Werte entschlossen gegen Putins Brutalität verteidigen ●● So stemmen wir uns zeitgleich gegen zwei sich überlappende Krisen. Deren Auswirkungen spüren wir von Tag zu Tag mehr. Die hohe **Inflation** und steigende Energiekosten setzen nicht nur die Verbraucherinnen und Verbraucher unter enormen Druck. Auch die Unternehmen in unserem Land kommen an ihre Grenzen. Neben dem Kostendruck werden sie durch anhaltende Lieferengpässe und einen sich intensivierenden Fachkräftemangel belastet ●● Aktuell ist nicht absehbar, wie sich beide Krisen weiterentwickeln. Klar ist nur, dass auch das Jahr 2023 viele Herausfor-



derungen bereithalten wird •• Die schwierige Situation lässt auch die Banken nicht unberührt. Steigende Kreditrisiken, der hohe Kostendruck und eine enorme Volatilität an den Kapitalmärkten werden die Institute weiter unter Druck setzen. Gut ist, dass die Banken stark aufgestellt sind. Als Lehre aus der **Finanzkrise** haben sie für Krisenzeiten wie diese vorgesorgt. Entsprechend haben sie die Ressourcen und die Instrumente, um die kommenden Herausforderungen zu bewältigen •• Und mehr: Sie sind auch gerüstet, um die notwendige Transformation in Richtung Digita-



lisierung und Nachhaltigkeit mit voranzutreiben • Banken sind somit nicht nur Krisenhelfer, sondern gleichzeitig zentrale Zukunftsgestalter. Beides sind Aufgaben, die die volle Kraft der Institute erfordern. Deshalb ist es wichtig, dass die Banken nicht durch zusätzliche

Anforderungen, Kapitalpuffer und feingliedrige Regulierung belastet werden. Stattdessen brauchen sie ein regulatorisches Umfeld, in dem sie flexibel agieren und unterstützen können •• Wenn das gelingt, können die Institute ihre doppelte Rolle jetzt und zukünftig erfolgreich wahrnehmen und gemeinsam mit Wirtschaft, Politik und Gesellschaft daran arbeiten, die aktuellen Herausforderungen zu bewältigen und die Grundlagen für eine gute Zukunft zu legen.

Ludger Weskamp, geschäftsführender Präsident, Ostdt. Sparkassenverband (OSV)

• Das Jahr 2022, dass von vielen Krisenprozessen belastet war, hat unsere Gesellschaft insgesamt stark belastet und diese Belastungen wirken weiter fort. Die hohen Energiepreise, die teilweise stark gestiegenen Lebensmittel- und anderen Preise des privaten Warenkorbes haben viele Haushalte und viele Unternehmen in schwierige finanzielle

Situationen gebracht • Bei den privaten Kunden unserer Mitgliedssparkassen sehen wir, dass immer mehr ihre laufenden Kosten nur stemmen können, indem sie frühere Ersparnisse auflösen. Die Sparkassengruppe hatte frühzeitig ermittelt, dass viele Haushalte mit ihrem Einkommen nicht mehr voll zurechtkommen würden – leider ist dies auch eingetreten. Wir begrüßen daher die staatlichen Maßnahmen zur Abpufferung besonders starker Belastungen, die insbesondere durch steigende Energiekosten verursacht werden • Erfreulich ist, dass wir auch sehen, dass die Mehrheit der Geschäftskunden der Sparkassen in der Vergangenheit eine gute Kapitalausstattung erreichen konnten und dass sie sehr initiativreich und flexibel auf die gegebene Situation reagieren.



Die Folge: In den Büchern der Sparkassen ergeben sich in Auswertung dieser Geschäftskonten bisher nur minimale Veränderungen zum Negativen hin. Klar ist aber auch, dass diese Situation nicht auf Dauer unverändert bleiben wird, wenn die Belastungen anhalten •• Wir begrüßen daher, dass die EZB seit Sommer deutlich gemacht hat, dass sie ihre Instrumente der Geldpolitik kräftig dazu einsetzt, die Inflationserwartungen zu bremsen und gleichzeitig im Blick hat, die Wirtschaft, die in eine Rezession geht, nicht mehr als unvermeidlich zu belasten •• Für 2023 rechnen wir damit, dass sich die rezessiven Entwicklungen, insbesondere in der Industrie und am Bau, zunächst fortsetzen,



dass der Dienstleistungssektor weniger negativ belastet wird, die Nachfrage nach Arbeitskräften hoch bleibt und die **Inflation** ab Frühjahr allmählich sinken wird •• Wir gehen davon aus, dass auch 2023 leider noch immer negative Überraschungen möglich sind. Diese sind wahrscheinlich bei der Gaspreisentwicklung, wenn die **EU** ihre Gasspeicher erstmals weitgehend ohne russisches Erdgas füllen muss, auf LNG-Lieferungen aus entfernteren Regionen der Welt angewiesen ist, zugleich das LNG-Angebot begrenzt ist und China wieder mehr Gas auf dem Weltmarkt nachfragt.

Auch sind die weitere Entwicklung des Krieges in der Ukraine und die Reaktionen des Westens sowie die wirtschaftlichen Folgen daraus vollkommen offen • Der Bundeskanzler sprach von einer Zeitenwende. Wirtschaft, Privathaushalte und



Kreditinstitute spüren diese Zeitenwende täglich. Demgemäß sollte auch der Steuerungs-, Aufsichts- und staatliche Handlungsrahmen an den neuen Bedarf angepasst werden. Selbstverständlich nicht zulasten der Finanzmarktstabilität oder zulasten der Umwelt • Darum sind wir der Auffassung, die gegebene Situation macht es erforderlich, dass in einem nächsten Schritt Rahmenbedingungen für die Wirtschaft und für die Kreditwirtschaft nicht zusätzlich belasten sollten. Die Wirtschaft steht insgesamt vor der Aufgabe die Energiewende und die gesamte Transformation zu einer nachhaltigen Produktionsweise zu stemmen. Die Kreditwirtschaft hat die Herausforderung, dafür beträchtliche Finanzierungen darzustellen • Es wäre deshalb angemessen, bürokratische Lasten zu überprüfen. D. h. Planungs- und Genehmigungsverfahren zu beschleunigen und die Kreditvergabe übermäßig belastende Vorgaben der Bankenregulierung auf den Prüfstand zu stellen. Dabei geht es um die kommenden Zusatzbelastungen beim Eigenkapital, um die möglichst proportionale Umsetzung der 'EBA-Leitlinien für die Kreditvergabe und -überwachung', um ausreichende Umsetzungsfristen, um den Erhalt von Spielräumen für die Kreditvergabe, um prozessuale Entlastung der Kreditinstitute, analog zum Vorgehen nach Ausbruch der Corona-Pandemie.

++ Auf Euro und Cent +++ Auf Euro und Cent +++ Auf Euro und

steuertip: Die Gründe, **Reise- oder Bewirtungskosten** abzurechnen oder auf privater Ebene beim Fiskus geltend zu machen, sind vielfältig. "Aber häufig fällt der Ansatz der Kosten hinten runter. Sei es, dass es für diese oder jene Fahrt nur ein paar Euro sind, sei es, dass in der Zettelwirtschaft Quittungen nicht mehr zugeordnet werden können oder fehlen oder gleich der Ansatz der Reise ganz vergessen wird. Damit unseren Lesern das nicht passiert, haben wir unsere Berechnungsformulare auf den neuesten Stand gebracht und zahlreiche aktuelle Tipps für Sie in der Beilage zusammengestellt", erläutert **Karl-Heinz Klein**, Chefredakteur unseres Schwester-

dienstes 'steuertip'. Die Berechnungsformulare für das Jahr 2023 legen wir Ihnen heute bei. Diese können Sie als Kopiervorlage nutzen oder sich gleich die interaktiven PDF-Dateien sowie weitere Infos und Arbeitshilfen aus der Beilage 'Steuern Spezial' aus unserem Servicebereich mit Ihrem Kunden-Login herunterladen. Zusatz-Hinweis: Die 'steuertip'-Kollegen erarbeiten neben den wöchentlichen Steuerspar-Tipps im Laufe eines Jahres eine Vielzahl solcher Arbeitshilfen zu unterschiedlichsten Themen. Als 'Bank intern'-Abonnent erhalten Sie auf ein Zweit-Abonnement des 'steuertip' 40 % Rabatt. Ein 'steuertip'-Ansichtsexemplar können Sie gerne unter Tel. 0211/6698 111 oder per Mail an steuertip@markt-intern.de abfordern.

* * *

Sparkasse Zwickau: Der Verwaltungsrat der **Sparkasse Zwickau** hat den VV **Felix Angermann** nach Millionenverlusten in den zurückliegenden Jahren beurlaubt. Allein in 2020 wurde ein Verlust von 47 Mio. € ausgewiesen, insbesondere da das Eigenanlagegeschäft mit Aktien und Wertpapieren stark forciert wurde. Auch 2021 und 2022 ging es weiter bergab. "Die Entwicklung der Sparkasse in den letzten Jahren macht eine Neuausrichtung erforderlich", sagt **Constance Arndt**, OB und VV der Spk Zwickau. "Wir werden uns künftig als moderne Vertriebssparkasse positionieren und uns auf unser regionales, originäres Kundengeschäft bei Privat- und Firmenkunden konzentrieren", verkündet der noch verbliebene Vorstand **Andreas Fohrmann** die Abkehr von Spekulationsgeschäften.

Dass Sie auch die Herausforderungen 2023 GUT meistern, wünscht Ihnen Ihre 'Bank intern'-Chefredaktion



Uur Humu Dipl.-Kfm. Uwe Kremer



RA Gerrit Weber

Hab Alexa gefragt, was Frauen wirklich wollen. – Das Teil labert jetzt seit drei Tagen ...

In Europas größter Informationsdienst-Verlagsgruppe...

...erscheinen die wöchentlichen Branchenbriefe:



